

Wossifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhof (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhof 3686—3698. Telegrammen: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postbürohne), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelssteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Seine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anw. 15 Pf.] - Nr 538

MITTWOCH, 9. NOVEMBER 1932

ABEND-AUSGABE

Roosevelts Refordrieg

Ungeheure Mehrheit für den 32. Präsidenten

NEW YORK, 9. NOVEMBER

Woh den letzten Schätzungen verteilen sich die 41 Millionen abgegebenen Stimmen bei der amerikanischen Präsidentschaftswahl wie folgt:

Roosevelt (Demokrat) 23 Millionen
Hoover (Republikaner) 16 Millionen
Thomas (Sozialist) 1,5 Millionen
Roosevelt vereinigt 472 Wahlmännerstimmen auf sich, Hoover 59.

Von den 48 Bundesstaaten haben sich 42 für Roosevelt entschieden; die zu gleicher Zeit stattfindenden Wahlen zum Repräsentantenhaus werden vermutlich ein Verhältnis von 224 Demokraten zu 115 Republikanern ergeben, allerdings sind noch 96 Sitze zweifelhaft; der Senat zeigt sich bei fast 53 Demokraten gegen 44 Republikaner und 1 Farmer-Labour-Abgeordneter, wobei acht Sitze noch zweifelhaft sind.

Die Südstaaten haben in überwältigender Mehrheit demokratisch gestimmt. Unter ihnen auch mehrere, die

während des ganzen letzten Jahrzehnts ausschließlich republikanische Mehrheiten zeigten und als Hochburgen der „Elefanten“ galten. Auch im mittleren und Westen sind traditionell republikanische Staaten, wie der „Reichthumsstaat“ Wisconsin und Ohio, zu Roosevelt übergegangen. Seit Gründung der republikanischen Partei hat es in Ohio nur ein einziges Mal eine demokratische Mehrheit gegeben.

Demokratischer Erdbeben

Nicht die Politik, sondern die Wirtschaftskrise hat Herbert Hoover, den Apokalypse einer bauenden von der übrigen Welt unabhängigen Prosperität Amerikas, gestürzt. Nicht die Katastrophe, die schon seit den ersten Probeabstimmungen stattfand, sondern das Ausmaß seiner Niederlage ist die Genation der Wahlschicksal. Während 1928 sogar der demokratische Süden im Präsidentschaftswahl den Sozialdemokraten zur republikanischen Partei überlieferten war, haben diesmal nur noch einige konservative Neu-England-Staaten Hoover die Treue gehalten. Das amerikanische Volk hat sich gegen die Krisenpolitik der Regierung entschieden, die durch verstärkte Absperrung von der Welt und Mobilisierung des inneren Amerikas hoffte, das Land wieder zu einer glücklichen Insel zu machen. Eine härtere Zeit wird größerer über Hoover denken und das verhängnisvolle Schicksal gegen ihn verhängen. Der amerikanische Präsident, der nach der Berufung zugleich sein eigener Kanzler ist, vereinigt zumal Macht in seiner Hand, als daß nicht die Enttäuschung und Verwerfung der Massen sich gegen die Person auswirken muß. In Deutschland wird man aber nicht vergehen, daß Hoover der Mann des Ständehilfswerks nach dem Versinken land war, und daß er in dem kritischen Zeitpunkt des heillosen Finanzzusammenbruchs durch die Berufung des Moratoriums das Schlimmste abgewendet hat.

Der neue Mann hat es sehr viel leichter. Hoover hatte sich von kleinen Anfängen als Selbstmann emporgearbeitet, und dieser Kampf um den Erfolg ließ ihn selbst hart und fertig werden. Im selben Heterkeit und Lebensfreude, wie der Amerikaner an seinen Führer so hoch zu schätzen weiß. Sein unkonstantes, autoritäres Wesen brauchte ihn sehr rasch in vermeintbare Konflikte mit dem empfindlichen Parlament und viele seiner Maßnahmen sind vom amerikanischen Parlament nicht aus solchen Gründen, sondern aus persönlichen Reuelementen zu Fall gebracht worden. Franklin D. Roosevelt dagegen war durch Name und Reichtum die große politische Karriere schon an der Wiege geöffnet, und er hat den letzten Aufstieg des jungen Mannes aus großem Hause erlebt, dem alle Türen offenstanden und der über eine Unzahl wertvoller Beziehungen verfügt. Der heute Fünftägige widmete sich bereits als junger Anwalt der Politik und lernte schon 1920 im Wahlkampf als Demokrater im Vizepräsidentenamt unter dem besiegten demokratischen Kandidaten Carter. Damals hat er aus Kapitalist für seinen Freund Wilson den Kampf für den Vorkrieg zum Vorkrieg durchgeführt, obwohl er selbst sich über die Aufschlagslosigkeit klar war. Dann kam die schwere Erkrankung an spinaler Arteriosklerose, die ihn vollkommen ausgeschaltete, bis er 1928 als Gouverneur des Staates New York in das politische Leben zurückkehrte konnte. Schon damals galt er als Präsidentschaftskandidat. Die richtige in jeder Forderung politischer Art, die diese Kandidatur erfordert, hat ihm zu Unrecht den Ruf eines Opportunisten eingetragen. Seine Hauptfrage gilt der Arbeiterfrage und der Erwerbslosigkeit durch Staatsorgane. Diese Haltung haben ihm im Wahlkampf die Arbeitslosen gedankt. Ihr Stimmrecht ruht übrigens nicht, wenn sie — was nur bei einem Präsident der Fall ist — aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden.

Wahler sprechen keine Anzeichen dafür, daß die Republikaner weniger reformieren, um jetzt schon die Regierungsgewalt dem freigelegten Demokraten auszuüben. Erst am 4. März, wenn der neue Präsident die Regierung übernimmt, wird die amerikanische Politik wieder voll aktionsfähig sein. Dann aber wird Roosevelt ein Maß von Handlungsfreiheit besitzen, wie selten ein Präsident vor ihm. In beiden Säulen des Parlamentes wird dann keine Frage der demokratischen Mehrheit bestehen, und das überwältigende Wahlergebnis des amerikanischen Volkes befähigt den Präsidenten, mehr als irgendeinem seiner Vorgänger, sein politisches Programm zur praktischen Ausführung zu bringen. Große Entscheidungen stehen bevor, die nicht nur für Amerika, sondern für die ganze Welt das Schicksal auf Jahre bestimmen.

Roosevelt hat im Wahlkampf das Wort gesprochen: „Europas Sorgen sind auch Americas Sorgen“. In seinen Reden hat er eine harte Abrechnung mit der Hoch-

Kampf um Papen

Der Reichsminister wird in der nächsten Woche den Regierung der größeren Freistaaten offizielle Briefe abschicken. Für Montag ist ein Besuch in Dresden vorgesehen, Donnerstag abends wird der Kanzler nach Stuttgart, von dort nach Karlsruhe reisen und im Anschluß daran in Mannheim an der Einweihung der neuen Mainbrücke teilnehmen. Bei diesem Anlaß wird der Reichsminister eine politische Rede halten, in der vielleicht schon die Ergebnisse der Fühlungsnahme mit den Länderregierungen zutage treten werden. Denn die Besuche in Sachsen, Württemberg und Baden dienen dem Zweck, eine Aussprache mit diesen Länderregierungen über die Pläne der Regierung für eine Verfassungs- und Reichsreform, wenn auch ein paragrafierter Entwurf bis dahin kaum vorliegen dürfte.

Anschließend sind der Reichsregierung die Wünsche der Städte vorgetragen worden. Der Präsident des Deutschen Städtebundes, Wulert, ist heute mit den Oberbürgermeistern Dr. Sahm-Berlin, Scharnagel-München und Dr. Goebel-Weizung vom Reichsminister empfangen worden. Bei dieser Besprechung standen nicht nur die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden bei der Aufbringung der Mittel für die soziale Fürsorge zur Erörterung, sondern auch die Wünsche der Regierung, die sich auf einen „Umbau der Verfassung“ und auf die Einrichtung eines Oberhauses richten. Die Reichsregierung will die Vorlage über die Verfassungsänderung dem Reichstag unmittelbar nach seinem Zusammentritt (son in November) zugehen lassen und dem Reichstag unmittelbar nach seinem Zusammentritt im Dezember vorlegen. Die Vorbereitungen müssen also sehr bald abgeschlossen und eine Verbringnis mit den Ländern, wenn sie überhaupt möglich ist, in den beiden nächsten Wochen erreicht werden.

Ministerpräsidentenwahl in Preußen

In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts wird zunächst eine allgemeine Aussprache über das Wahlergebnis und die politischen Folgerungen stattfinden, die sich daraus für die Regierung ergeben. Für die geplanten Verhandlungen mit neuen Parteien, die für eine „wirkliche nationale Konzentration“ in Betracht kommen, ist ein Termin noch nicht festgelegt. Es hat den Anschein, daß sie erst nach den Kandidaturen in den Ländern aufgenommen werden sollen. Die Nationalsozialisten lassen noch durchblicken, daß es noch keineswegs sicher ist, ob Siller einer persönlichen Einladung des Kanzlers zustimmen würde.

Woh Zentrum ist die Tendenz erkennbar, nicht bis zu einer solchen Einladung zu warten, sondern von sich aus die Fühlungsnahme mit den anderen Parteien aufzunehmen, in erster Linie mit den Nationalsozialisten, um sich mit ihnen über ein Vorgehen im Reich und in Preußen zu verständigen. Präsident Siller wird den Preussischen Landtag gegen Ende November einberufen, wobei die Nationalsozialisten hoffen, daß schon in den nächsten Wochen eine Vereinbarung mit dem

Zentrum über die Bildung einer neuen Regierung in Preußen zustandekommen werde. Die nächste Landtagssitzung soll erst anberaumt werden, wenn auf ihre Tagesordnung die Wahl des Ministerpräsidenten gesetzt werden und Siller best. daß die Wahl auch durchgeführt werden kann.

Geizhülle statt Kontingente

Die angelegentlich Einzelbeschlüsse über die Kontingentierung der landwirtschaftlichen Einfuhr sind auf der Tagesordnung der heutigen Kabinettsitzung noch nicht vorgesehen. Die Kontingentspolitik, so wie sie der Reichsfinanzminister Freiherr von Braun gefordert hat, steht überhaupt nicht mehr zur Diskussion. Sie ist an ihren natürlichen wirtschaftlichen Sündenbögen gescheitert. Als Erfolg für die Kontingente lösen landwirtschaftliche Geizhülle kommen, auf die in einer halboffiziellen Mitteilung hingewiesen wird. Auch diese Geizhülle haben Vereinbarungen mit den interessierten Auslandsstaaten zur Voraussetzung, da vertragliche Bindungen dieser Vereinbarungen werden „Übergangsmaßnahmen“ angeknüpft, ohne daß deren Charakter näher gekennzeichnet wird.

Neue Terrorakte der Radikalen

Seit dem 6. November, der den Nationalsozialisten ihre erste große Niederlage gebracht hat, häufen sich wieder terroristische Akte der Radikalen. Heute liegen Nachrichten über einen nächtlichen Anschlag in der Nähe von Karlsruhe vor, der der Ueberlandzentrale galt, und über einen Bombenanschlag gegen das Gerichtsgangnis in Kiel. Im zweiten Fall gelang es, den Bombenleger auf freier Tat festzunehmen. Es ist ein Angehöriger der K.F.W. Formation und die Nationalsozialisten werden ihn nicht von ihren Hochschülern abschütteln können. Die Regierung wird diesen Ereignissen, die offenbar eine neue Terrorwelle ankündigen, ihre Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

Es ist zu beachten, wie die nationalsozialistische Presse den Kommunisten gut zuredet, doch etwas mehr aus sich heraus und auf die Straße zu gehen. Der „Angriff“ fragt höflich und ermuntert:

„Nun, reichen die 100 Abgeordneten nicht aus? Hat man im Reichstagsgebäude versprochen, daß Lenin den bolschewistischen Umsturz mit einigen Zehntausenden macht?“

In diese Frage eingeschlossen ist die Erklärung für die besonders ruhige und aktive Mitwirkung der Nationalsozialisten an dem Berliner Verfassungsausschuß. Einerseits hoffte man auf Stimmengewinn unter der radikalsten Arbeiterklasse, andererseits sollte der Streit bis zu Ausbreitungen größeren Stils getrieben werden, die die Nationalsozialisten für sich ausgenutzt hätten. Die Vermutung liegt nahe, daß diese Taktik nicht nur auf Berlin und nicht nur auf den einen Fall beschränkt werden soll.